

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Gabsan, Magdeburg. Verlag von Hermann Haupt, Magdeburg, Meißnerstr. 49. Druck von Franz Heide, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jacobstraße 49. Abkottelung: 89-90, 3 Treppen. Fernsprecher 1587.

Nr. 275. Magdeburg, Freitag, den 24. November 1899. 10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Ihre Rettung.

Eine verschwiegene Ministerial-Szene.

Personen:  
 Herr von Hohenlohe, Reichstanzler.  
 Graf von Posadowsky  
 von Bülow  
 Tirpitz  
 Staatssekretäre.  
 Später  
 Miquel, preussischer Finanzminister.

Ort der Begegnung: Bundesratszimmer im Reichstagsgebäude.  
 Zeit: 20. November 1899, nachmittags 7 1/2 Uhr.

Hohenlohe: Nehmen Sie bitte Platz, meine Herren.  
 Da ich zufällig nicht in Baden-Baden, Schillingsfürst, Kuffsee oder Worli bin, will ich Sie herzlich willkommen heißen.  
 (zu Posadowsky): Nicht wahr, lieber Graf, Sie werden wohl wissen, womit wir uns zu beschäftigen haben.  
 Posadowsky: (im Gedanken verfunten): Unerhört! So was war doch noch nicht da!  
 Hohenlohe (bezügelt): Pardon, wie kommt' ich nur! Nein, nein! Sie können ja ebensowenig wissen wie ich. Verzeihen Sie mir. (zu den übrigen): Ist vielleicht einer von Ihnen so freundlich, zu wissen, was wir beraten sollen?  
 Tirpitz: Ist die Depesche schon weg?  
 Bülow: Wird bald da sein.  
 Tirpitz: Auf die Antwort bin ich gespannt.  
 Posadowsky (pikiert): Na, warten Sie nur, bis Ihnen die Kreuzer davonschwimmen.  
 Tirpitz: Rührt mich wenig. Wenn nicht, denn nicht, laßt Köhler.  
 Posadowsky: Und wenn Sie hinterher schwimmen?  
 Tirpitz: Nur so besser. Ich schwimme lieber, als daß ich da drinnen (zeigt auf den Sitzungssaal) tänzele.  
 Posadowsky: Ja, Sie haben noch 'nen handfesten Nebenberuf. Aber — na, ein Vergnügen ist's nicht, auf 'nen langweiligen Oberpräsidentenposten zu warten.  
 Bülow: Sie denken gar? Keine Ahnung! Was geht uns der Reichstag und sein Votum an.  
 Posadowsky: Na, na. Es war die Zuchthaus- und nicht die Umsturzvorlage. Außerdem: sie haben wie die Barbaren gehaut.  
 Bülow: Gerade deswegen werden Sie Ihren Platz an der Sonne behalten.  
 Posadowsky: Abwarten. Lucanus ist nicht mit nach England gemacht.  
 Hohenlohe (aus seinen Träumen aufwachend): Darf ich fragen, was die Herren beschäftigt? Die — die Zuchthausvorlage? Nicht möglich! Die ist doch soeben abgelehnt worden. Oder irre ich mich? Hätte ich sprechen müssen? Nein, na also! Weshalb reden Sie denn noch darüber?  
 Posadowsky: Aber, Durchlaucht —  
 Hohenlohe: Seien Sie doch froh, lieber Graf, daß Sie sie los sind. Täusche ich mich nicht, haben Sie Arbeit genug damit gehabt.  
 Posadowsky: Das wohl, indessen —  
 Hohenlohe: Sehen Sie, wie recht ich habe. Arbeiten ist in unserer Stellung gefährlich. Suaviter in modo, fortiter in re! Das heißt: Lassen wir die Dinge an uns heran kommen und weinen wir ihnen keine Träne nach.  
 Posadowsky (für sich): Auch ein Standpunkt.  
 Bülow: Das Alter birgt die Weisheit, Kollege. Politik treiben heißt: sich schieben lassen und nichts krumm nehmen. (Miquel tritt ein.) Gut, daß Sie kommen. Was meinen Sie denn, was wir thun sollen?  
 Miquel (dünn lächelnd): Thun? Was wir immer thun. Garnichts.  
 Hohenlohe: Sehr gut. Da redet die Welt immer, Miquel und ich verstanden uns nicht. Unbegreiflich!  
 Miquel: Zu freundlich, Durchlaucht.  
 Posadowsky: Aber das geht doch nicht. Wir müssen doch wenigstens thun, wie wenn wir etwas thun.  
 Miquel: Dazu sind unsere Offizien da. Sie aber legen sich vor allem nicht auf. Nicht Niederlagen, nur Siege können uns den Kopf umnebeln.  
 Tirpitz: Damit Sie wissen, Miquel: unser Freund Bosa träumt von der Offenbarung Lucani.  
 Miquel: Ah bah! Siebt's ja gar nicht. Zum mindesten jetzt nicht.  
 Bülow: Halt, meine Herren, ein Gedanke.  
 Tirpitz: Nicht möglich, in unserer Stellung!  
 Bülow: Hören Sie: Die Kanalvorlage ist gefallen, die erweiterte Kanalvorlage wird eingebracht. Die Zuchthausvorlage ist gestolpert, eine erweiterte Zuchthausvorlage wird durchgehen. Ganz einfach!  
 Posadowsky: Sehr einfach, in der That.

Tirpitz: Wie mit den Flottenvorlagen: je größer um so sicherer.  
 Bülow: Politik treiben heißt: Alles fordern, um Vieles zu gewinnen. Wählen wir also eine viergliedrige Kommission, die es den Geheimräten überläßt, die erweiterte Zuchthausvorlage auszuarbeiten.  
 Miquel: Und vergessen wir bei all' unseren Unternehmungen nicht, daß die Sozialdemokratie an der Energie unserer Regierung sowieso schon scheitert.  
 Tirpitz: An unserer Energie?  
 Bülow: Natürlich! Dank unserer vierten Weltanschauung!  
 Tirpitz: Die wäre?  
 Posadowsky: Pst, Pst! Daß beileibe Stumm nichts hört! (Alle ab.)

## Das Ende der Zuchthausvorlage und die Berliner Presse.

-hg.- So überraschend schnell hat die Zuchthausvorlage ihr selbiges Ende erreicht, daß die zuchthauschwärmerische Presse bis jetzt noch nicht ihre Sprache wiedergefunden hat. In dem resignierten Tone, den sie häufig anzuschlagen liebt, äußert sich die Kreuzzeitung. Ihr Trost ist, daß die beiden konservativen Parteien sich einmal wieder als feste Stützen des Staates erwiesen haben. Ein weiteres Pflaster auf die Wunde ist ihr die Rede des Herrn v. Löbell. Sie findet dieselbe natürlich ganz unübertrefflich, scheint aber doch gefinde Zweifel zu hegen, ob ihre Leser sie mit der nötigen Ausdauer und Aufmerksamkeit lesen werden. Sie weist daher in ihrem Leitartikel: noch besonders auf die Löbell'sche Leistung hin, so, wie manche Zeitungen in ihrem redaktionellen Teile auf die Kaufhaus- und Vergünstigungsannoncen ihres Infecantestes aufmerksam machen. Daß übrigens die Lektion der Löbell'schen Rede in mehr als einer Beziehung ein Vergnügen ist, sind wir vorurteilsfrei genug, mit neidlosem Herzen zuzugestehen.

Die Berliner Neuesten Nachrichten hat der Schlag so furchtbar getroffen, daß sie nur einige unartikulirte Laute von „furchtbaren Mißständen“ und so weiter zu stammeln vermögen. Stumms Post hat sich bis jetzt ausgezwiegen und sich mit dem obligaten Lobgesang auf die rhetorische Leistung ihres Obergönners und Hauptbesizers begnügt.

Herr Dr. Friedrich Lange von der Deutschen Zeitung benutzte die Gelegenheit, sich als Hüter des Anstandes, der Höflichkeit und der guten Sitte anzupspielen. Ihn kränkt es besonders, daß der Reichstag so unhöflich gewesen ist, eine Regierungsvorlage sang- und klanglos zu verscharren. Vielleicht giebt das Herrn Dr. Lange Veranlassung, einen Knüttel- und Knigge für Parlamentarier herauszugeben: möglich, daß sein früherer Freund Dr. Karl Peters und seine jetzigen Schützlinge, die edlen, harmlosen Kavaliere, einige Zusätze beileuern.

Der National-Zeitung fällt ein besonders schwierige Aufgabe zu. Wie des Prinzen Hamlet Stiefvater sieht sie „mit einem nassen, einem freund'gen Auge“ da; „in gleichen Schalen wägend Leid und Lust“, hat sie sich über den Fall der Vorlage zu freuen — um den Ruf ihres Liberalismus zu behaupten — und über denselben zu trauern — um sich als respectables Unternehmungsorgan zu erweisen. Sie läßt diese schwierige Aufgabe in nicht eben ungeschickter Weise, indem sie nachträglich — den Antrag Büsing-Sattler-Köhler empfiehlt.

Außerordentlich interessant ist die Haltung der antisemitischen Staatsbürger-Zeitung. Von der Post und den Berliner Neuesten abgesehen, hat kein Blatt mit so leidenschaftlichem, fanatischem Eifer für die Zuchthausvorlage sich ins Zeug gelegt, als des Abgeordneten Ahlwardt früherer Monitor. Zum Teil mag das an der persönlichen Vorliebe des Chefredakteurs der Staatsbürger-Zeitung für die drakonische Bestrafung politischer Gegner liegen. Die Staatsbürger-Zeitung verherrlichte die Löbtauer Richter und Geschworenen. Die Staatsbürger-Zeitung befand sich unter den wenigen deutschen Blättern, welche das Belgader Schand- und Blutrteil rechtfertigten und hämische Glossen den unglücklichen serbischen Radikalen in die größten Sterkergrüfte nachsandten, während selbst die Deutsche Zeitung und die Deutsche Tages-Zeitung sehr kräftig über die feile Justiz der Schergen Ehren-Milans sich äußerten.

Allein die Zuchthausbegeisterung der „Staatsbürgerin“ wurzelt tiefer als in dem persönlicher Geschmack des Herrn Dr. Bachler. Sie spiegelt die Bestimmung weiter Kreise des Klein- und Mittelbürgertums wieder. Selbst in der großen Eisenindustrie ist der Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern kaum so groß als im Bau-gewerbe. Die Wut über die Bäckereiverordnung hat die Bäcker, die bisher als geborene Gegner der Agrarier zum meist freijütig waren, in heilen Haufen ins antisemitische

Lager getrieben: mancherlich, wie die Freisinnigen in ihrer Mehrzahl sind, können sie sich doch nicht so plump und ungeschickt als Vertreter der unverfälschten Ausbeuter-interessen geben, als die „deutsch-sozialen“ Antisemiten. Der Meisterhochmut spielt bei der ganzen Hinstelle eine große Rolle; andererseits ist es sehr zu begreifen, wie gerade die Handwerker, denen das Messer des Kapitalismus bereits an der Kehle sitzt, mit scharfem Auge auf die Arbeiterbewegung schauen, durch die sie ihre Profite noch weiter gefährdet erblicken.

So zweifeln wir allerdings nicht daran, daß die staatsbürgerliche Zuchthausbegeisterung, mag sie auch zunächst den liebenswürdigen Privatcharakter Bachlers entsprungen sein, in der That die Herzensmeinung vieler Handwerker zum Ausdruck brachte. Nach dem Falle der Kanalvorlage bemühte sich die Staatsbürger-Zeitung mit den Berliner Neuesten, mit Post und Kreuz-Zeitung um die Weite, die Zuchthausvorlage wieder in den Vordergrund zu schieben. Gerade sie war es, die sich bemühte, die Regierung auf eine Auflösung scharf zu machen, indem sie ihr die Aussichten eines Wahlsieges vorpiegelte.

Und jetzt, nachdem die Würfel gefallen — kein Wort in der Staatsbürger-Zeitung von Auflösung — in den übrigen Blättern ähnlichen Schlags übrigens auch nicht. Statt dessen die verschämte-vorsichtige Verdeckung, daß die gestrige Abstimmung so eine Art Strafe des Himmels für die — englische Kaiserreise die betamlich die deutschen Antisemitische und Engländerfresser mit urtontoniischem Schmerz erfüllt hat.

Vernünftig ist allein was die „Staatsbürgerin“ am Schlusse ihrer Jeremiade jagt. Im Landtage, so etwa ist ihr Gedankengang, hat die Regierung eine zerstückelnde Niederlage von den rechtsstehenden Parteien erlitten, welche dort ihre Hauptstütze sind. Die noch zerstückelndere Niederlage im Reichstage verdankt sie dem Umstande, daß sich das Centrum und ein Teil der Nationalliberalen mit der Linken vereinigten, daß also die beiden Mittelparteien, auf die sie sich im Reichstage so gern stützten, sie im Stiche ließen. Auf wen will sich denn nun eigentlich das Ministerium Hohenlohe stützen?

Ja, das möchten wir auch gern wissen. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Das preussische Staatsministerium hielt am Dienstag nachmittags 3 Uhr unter dem Vorsitz des Reichstanzlers im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, um weitere Maßnahmen infolge der Ablehnung der Zuchthausvorlage zu „erwägen“. Die ultramontane Germania meint, „wenn die Nachricht, daß weitere Maßnahmen wegen der Ablehnung der Zuchthausvorlage im Staatsministerium erwogen werden, richtig ist, — aufregend ist sie für uns in keiner Weise — so dürfen wir doch wohl in Anknüpfung daran die Frage aufwerfen, ob diese Frage nicht doch den Bundesrat in erster Linie angeht. Dem preussischen Staatsministerium sei zwar nicht das Recht abzustreiten, mit weiteren Maßnahmen sich zu befassen und die preussischen politischen Beamten, welche an der Ablehnung der Zuchthausvorlage beteiligt sind, zur Disposition zu stellen, usw. Aber abgesehen von dieser Personenfrage gehöre die Sache selbst nicht zur Kompetenz des preussischen Staatsministeriums, sondern zu derjenigen des Bundesrats. Die Germania kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß es selbst in Bundesratskreisen, weit mehr aber noch bei den in der strengen Zuneigung der Reichsverfassung interessierten Kreisen des deutschen Volkes ein peinliches Gefühl erwecken wird, wenn man sich ein muß, wie in dieser Reichsangelegenheit nicht der Bundesrat als die zuständige Reichsinstanz, sondern das preussische Staatsministerium gegen den Reichstag zu Gericht sitzt. — Der Bundesrat hat sich ja schon an ganz andere Sachen gewöhnt. Also wird er hieran schwerlich Anstoß nehmen. —

Wie verschiedene bürgerliche Blätter melden, hat Genosse Dr. Wronz vor dem Disziplinargerichtshof erklärt, daß er seine Freisprechung beantrage; sollte aber das Gericht zu einem verurteilenden Spruche kommen, so bitte er jedenfalls, nicht etwa auf eine Verwarnung zu erkennen. Von seiner Ueberzeugung werde er niemals lassen und ebensowenig werde er sich sein staatsbürgerliches Recht einschränken lassen; sie frei zu bekennen und auch agitatorisch zu betätigen. Eine Verwarnung in dieser Beziehung würde also ihren Zweck vollständig verfehlen. — Ferner wollen einige Blätter erfahren haben, daß das Disziplinarverfahren gegen Dr. Preuß bereits beendet sei, indem die philosophische Fakultät ihm ihre Mißbilligung der von ihm gewählten Ausdrücke ausgesprochen habe. Gegen diesen Tadel habe Dr. Preuß keine Berufung angemeldet, und es stehe auch

\*) Nachgiebig in der Form, hart in der Sache.



Am Tische des Bundesrates: **Niederding, v. Bobbieloff.** Der Gesetzentwurf über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen wird in beider Lesung debattellos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der **Novelle zum Postgesetz.**

Zu Artikel 1, Biffer 3 — **Zeitungsgebühren** — beantragen die Abg. **Marcon** und **Dassbach** (Centr.) wieder die Einführung des Zonen-Tarifs und zwar soll die Zeitungsgebühren 2 Pfg. für jeden Monat der Bezugszeit (in zweiter Lesung angenommen).

b) für jedes wöchentliche Erscheinen jährlich 12 Pfg. in der ersten Zone (Abkreis von 7 Kilom.) und 18 Pfg. in der zweiten Zone.

c) für jedes Kilogr. des Jahresgewichts unter Gewährleistung eines Freigewichts von je 1 Kilogr. jährlich für soviel Ausgaben wie die Gebühr unter b unterliegen, 10 Pfg. in der ersten, 16 Pfg. in der zweiten Zone.

Ein zweiter Antrag **Dassbach-Marcon** will in b statt „Erscheinen“ „Anlieferung zur Post“ setzen.

Abg. **Dassbach** (Centr.): Hauptprinzip der Vorlage ist, daß die Post für ihre Leistungen entschädigt wird. Viele Entschädigungen sind nicht vorhergesehen für die Lage des Weges. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Er bedeutet für die Post eine Einnahme von 2,000,000 Mark. Ihre Pakete bestehen aus jezt ein Zonenart, eben so sind die Preise für Briefe nicht überall gleich. Da also auch jetzt ein einheitlicher Tarif besteht, kann auch unser Antrag keinen Nachteil bedeuten, was beauptet worden ist.

Staatssekretär **v. Bobbieloff**: Daß die Einschreibgebühr von 3 auf 2 Pfg. herabgesetzt wird, bedeutet einen Ausfall von 410,000 Mark. Nach den 4 unabweislichen Beschlüssen war gegen diesen Antrag einmütig von 200,000 Mark zu rechnen, nach den Beschlüssen der 2. Lesung auf eine Herabnahme von 260,000 Mark. Die Einnahmen aus dem Postwesen, die Herr **Dassbach** vertritt, wird die Post erhalten, da die großen Zeitungen eigene Expeditionen unterhalten, wenn der Tarif zu teuer wird. Vor allem wird der Tarif der Generalanzeigerpreise, würden doch im Mge. Zahlen 3 P. und die: Zeitungen auf die erste Zone 41,000 Exemplare, auf die zweite 20,000 verkauft. Auch der 2. Antrag ist unannehmbar.

Abg. **Haffe** (natl.) beantragt, die Zeitungsgebühren für die Bezugszeit von 2 Pfg. wieder auf 3 Pfg. zu erhöhen.

Abg. **Dr. Dertel** (cons.): Er könne nicht für den Zonen-Tarif stimmen, weil dieser die gestimmte Generalanzeigerpreise, deren einzige Vermittlung die Gewährung sei, fördern.

Abg. **Dr. Haffe** (natl.) begründet seinen Antrag. Die Einnahmen infolge der Herabsetzung der Gebühr auf 2 Pfg. stellen die Durchschlagung dringender Reformen in Frage.

Abg. **Singer** (Soz.) erklärt sich gegen den Zonen-Tarif, aus denselben Gründen wie der Staatssekretär. Desgleichen sei er gegen den Antrag **Haffe**, denn die Herabsetzung der Zeitungsgebühren ist im Interesse der kleinen und mittleren Zeitungen.

Abg. **Althier** (frei. Sp.): Vor allem in Hinblick auf die außerordentlich günstige finanzielle Lage der Postverwaltung sei er gegen Antrag **Haffe**.

Abg. **Dassbach** zieht seinen reaktionellen Antrag zurück.

Antrag **Marcon** wird gegen einige Centrumsstimmen, Antrag **Haffe** gegen Konervative und Nationalliberale abgelehnt. Artikel 1 mit großer Mehrheit in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen Artikel 2 (Aufhebung der Privatposten). Artikel 3, Absatz 1 bestimmt nach einem in 2. Lesung angenommenen Antrag **Althier** (Soz.), daß die gewerbsmäßige oder nicht gewerbsmäßige Verfertigung unverschieblicher Zeitungen innerhalb der Gemeindegrenze eines Ortes insbesondere auch, wenn sie durch die Post dorthin befördert werden, jedermann gestattet sei.

Abg. **Marcon**, **Dassbach** (Centr.) beantragen hinter „oder durch Expressboten“.

Abg. **Althier** (Soz.) und **Gen.** hinter gestattet hinzuzufügen „auch an Sonntagen und Feiertagen während der Stunden, in denen die Kaiserl. Post besteht“.

Abg. **Singer** (Soz.) erklärt sich für den Centrumsantrag, betont, daß der Antrag **Althier** nichts anderes verlange, als daß der Vertrieb der Zeitung Privatagenten ebenso wie den Postbeamten gestattet sei. **Niederding** rechnet auf einstimmige Annahme desselben.

Staatssekretär **v. Bobbieloff** wendet sich gegen den nur scheinend harmlosen Antrag **Althier**, der einen Eingriff in die Landesgesetzgebung bedeute.

Abg. **Dr. Marcon** (Centr.) stimmt dem in der That berechtigten Antrag **Singer** zu, obwohl er für Heiligung des Sonntagestages sei.

Abg. **Büding** (natl.) erklärt sich gegen den ihm sympathischen Antrag **Althier**, da die Materie nicht ins Postgesetz, sondern in die Gewerbeordnung gehöre.

Abg. **Singer** (Soz.): Herr **Büding** schließt formelle Bedenken gegen den Antrag vor, hat aber geteilt genau dasjenige getan, indem er zur Arbeitswilligenvorlage den Antrag auf Aufhebung des Verbindungsverbots stellte. (Sehr richtig! Aufst.) Ich bin nicht so harmlos zu glauben, wenn dieser Antrag angenommen wird, so werde der Staatssekretär ein Scheitern des Gesetzes im Bundesrat befürworten. Sollten die verbündeten Regierungen aber doch deshalb das Gesetz ablehnen, so würden sie allein die Verantwortung tragen.

Abg. **Dr. Lieber** (Centr.): Der sozialdemokratische Antrag verleihe gleiches Recht für alle und bedeute keinen Eingriff in die Landesgesetzgebung. Zudem breche Reichsrecht Landesrecht. Herr **Singer** habe vollständig Recht, wenn er sage, der Reichstag könne ruhig die Probe machen, ob der Staatssekretär das Gesetz wegen dieser Bestimmung scheitern lassen werde. (Beifall.) Sein „unannehmbar“ sei wohl nicht so tragisch zu nehmen.

Abg. **Kettlich** (cons.): Der Antrag bedeute in der That einen effektanten Eingriff in die mecklenburgische Landesgesetzgebung. Warum die Mehrheit vor seiner Annahme, wenn sie nicht das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährden wolle.

Abg. **Büding** (natl.): Gestern war allerdings ein Zusammenhang vorhanden, da das Verbot des Verbindungsverbots von Vereinen ein Beschränkung des Koalitionsrechts bedeutet. Zwischen dem Antrag **Althier** und dem Postgesetz besteht jedoch Zusammenhang nicht.

Direktor im Reichsamt des Innern **v. Wocher** bittet den Antrag hier abzulehnen und bei der Novelle zur Gewerbeordnung wieder einzubringen.

Mecklenb. Bundesratsbevollm. **v. Dertgen**: Die betr. Verordnung der mecklenburgischen Regierung richtet sich gegen den großen Unfug, der in dem Antrag von **Dassbach** am Sonntag liegt. Wenn davon gerade die sozialdemokratische Partei besonders getroffen wird, so könnte ich mir das nur daraus erklären, daß bei den Sozialdemokraten die Meinung für den großen Unfug besonders stark ausgeprägt ist.

Abg. **Singer** (Soz.) Ich begreife nicht, wie der Herr sich herausnehmen kann, solche aus der List gegrieffene Behauptung meiner Partei gegenüber auszusprechen, und bin nicht in der Lage, sie dagegen noch besonders zu verteidigen. Es scheint ja jetzt Sitte zu werden, daß Parteien sowohl wie Körperschaften gehöflichst werden, vor jedem, der glaubt, dazu berufen zu sein. Wir müssen es uns ja gefallen lassen vom Vertreter der mecklenburgischen Regierung beurteilt zu werden, wie es seine Fähigkeiten ihm erlauben. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten), sind aber nicht in der Lage, seinem Urteil auch nur ein Atom von Wert beizulegen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr das Anstragen von Druckschriften am Sonntag für großen Unfug hält, warum veranlaßt er nicht seine Regierung, diesem Unfug bei der Postverwaltung zu steuern. In Mecklenburg herrscht aber der Grundsat: Wenn zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe. Wir stehen aber unbedingt auf dem Standpunkt gleichen Rechts für alle. — Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung ist schon mit jodiel fristiger Forderung kann aus dem Verhalten der Regierung anlässlich der Vorarbeiten, das Verbot der Vereine aufzuheben, sollten wir lernen, daß es darauf ankommt, den richtigen Moment zu benutzen.

nicht zu erwarten, daß der Unterrichtsminister weitere Schritte unternehmen werde. Der Privatdozent **Preuß** wird sich als guter Freisinniger künftighin hüten, jemals wieder Bibelverse zu variieren. —

**Otto Mittelstädt**, der frühere Reichsgerichtsrat, hat sich zu Rom in nervöser Ueberreizung erschossen. Mittelstädt, ein reaktionärer Kopf mit oppositionellen Gelüsten, trat nach seiner Pensionierung mit hitzigen politischen Kampfschriften auf den Plan, die Beachtung fanden. 1897 erschien sein Buch „Vor der Flut“, das im Still der Zukunft den Untergang des goldenen bismarckischen Zeitalters bejammerte und der Regierung **Wilhelms II.** düstere Prophezeiungen widmete. Zuletzt gab er eine Studie über die Dreyfus-Affaire heraus. Welcher Art der Mann war, das zeigt vor allem seine 1879 erschienene Schrift „Gegen die Freiheitsstrafen“, in der er statt der Entziehung der Freiheit — über die verderblichen Wirkungen der Freiheitsstrafen findet er manch treffendes Wort — als Strafmittel Hunger, Prügel und Galgen empfahl. —

### Nachrichten aus dem Auslande.

In der unter dem Vorstehe des Präsidenten des Abgeordnetenhauses **Dr. v. Fuchs** stattgehabten Konferenz der Obmänner sämtlicher österröichischer Parteien wurde der Vorschlag des Präsidenten angenommen, nach Erledigung der Ministeranklagen zunächst die erste Lesung der auf Grund des § 14 erlassenen, den Ausgleich mit Ungarn betreffenden kaiserlichen Verordnungen, sodann die Beratung der das Budgetprovisorium betr. Vorlage vorzunehmen. Die Vertreter sämtlicher deutschen Parteien sowie die Abgeordneten der rechten Partei, **Kaffrey** und **Wilkens** hatten sich für denselben ausgesprochen. Auch die Vertreter der Sozialdemokraten und der Schönerer-Gruppe erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden. — Der Ausschuß für die Abänderung des Paragraphen 14 beschloß nach längerer Debatte mit 28 gegen 8 Stimmen die Einsetzung eines aus 7 Mitgliedern bestehenden Unterausschusses zur Prüfung sämtlicher im Gesamtanuschuß gestellten Anträge. Der Unterausschuß soll am nächsten Dienstag Bericht erstatten. —

Der französische Staatsgerichtshof setzte in der letzten Sitzung das Verhör **Guerin**, des Beauftragten des Herzogs von Orleans, fort. **Guerin** führt über die Antimilitaristen in Paris und in der Provinz aus, die Liga mache keine Politik, sie verteidige nur die Arbeiter gegen die Macht der Juden, auch habe sie keine Beziehung zu den Royalisten (!). Er habe an verschiedenen Kundgebungen teilgenommen, um gegen die Angriffe der Dreyfusfreunde auf die Arme zu protestieren. Er habe aber nicht in Einvernehmen mit **Deconlede** gehandelt, dessen Absicht, nach dem Elysee zu marschieren, er nicht gekannt habe. Er habe niemals ein Komplott gemacht und von keinem Komplottplan etwas gewußt. Das Verhör wendet sich dann zu der Affaire des „Fort Chabrol“. **Guerin** berichtet, was er und seine Gefährten bei der Belagerung des „Fort Chabrol“ erlitten hätten. Er versichert, er habe niemals mit einem scharf geladenen Revolver auf die Polizeigenossen geschossen. Darauf wird **Dubuc**, der Präsident der „Antimilitarischen Jugend“, verhört; er erklärt, er habe nur eine Kundgebung gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses organisiert. Als der Advokat **Evain** den Generalprokuratur um Aufklärungen über einen der gegen **Dubuc** erhobenen Anklagepunkte ersucht, verweigert der Generalstaatsanwalt die Antwort. Mehrere der Rechten angehörende Senatoren und die Angeklagten erheben dagegen heftigen Widerspruch. Die Sitzung wird unter Lärm aufgehoben. —

### Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Lage in Natal ist nach den letzten Nachrichten diese: Die Buren haben Ladysmith umzingelt, sind im Besitz von Colenso, haben die Zugelabriden südlich von diesem Ort zerstört, sich in Eumersdale nördlich von Eicourt verschanzt, Eicourt eingeschlossen und ihre Truppen bis an den Mooi-Fluß vorgedrückt und auch nordwestlich von diesem eine starke Stellung besetzt. Das sind taktische Vorteile, die für sie sehr stark ins Gewicht fallen und die das Vorrücken der Engländer, sowie den Entzug von Ladysmith, falls dieses sich noch halten sollte, außerordentlich erschweren. Wenn der Vormarsch **Touberts** englischerseits die Deutung erfährt, daß die Buren die Belagerung von Ladysmith aufgegeben haben, so ist das natürlich nicht ernst zu nehmen. Viel näher liegt die Vermutung, daß **Toubert** „mit allen Streitkräften“ vorrückt, weil Ladysmith bereits gefallen ist. Aber es ist noch fraglich, ob **Toubert** wirklich alle seine Truppen nach Süden weitergeführt hat.

Nach einem Telegramm des „Natal Advertiser“ aus Eicourt besetzten am letzten Sonntag etwa 700 Buren, von denen kommend, eine starke Stellung bei **Turners Farm** auf dem Hochlande etwa 14 Meilen südlich von Eicourt, nordwestlich des Mooi-Flusses. Britische berittene Infanterie und Karabiniers aus Eicourt verwickelten den Feind in ein Gefecht. Der Feind, der einen Verlust von drei Mann einschließlich des Führers gehabt haben soll, zog sich zurück und nahm 200 Stück Vieh von der Farm mit.

Den Buren angeschlossen haben sich in **Colesburg** die beiden Mitglieder des Kap-Parlaments van der Walt und **Gaber**.

Von den in Kapstadt bisher gelandeten 12 723 Mann (darunter nur eine halbe Batterie und 179 Artilleristen, der größte Teil der Pferde und Manesel in dienstuntauglichem Zustande) sind vorläufig am **Oranjesflusse**, d. h. in den Lagern von **de Mar** und **Hopetown** erst die Garden eingetroffen. Train und Artillerie fehlen noch gänzlich, die Kavallerie ist nur teilweise beritten. Dieses vorgeschobene Korps besteht zweifellos aus der Blüte der englischen Regimenter, denen die Aufgabe zufällt, **Kimberley** um jeden Preis und in schnell wie möglich zu entsetzen. **Kimberley** gilt offenbar für die Perle, die vor allem gereizt werden muß; auch hier sieht man wieder den

Einfluß der Grubenbesitzer und ihres Schutzherrn **Rhodes**. Auch **Rhodes** Bruder ist am 15. d. M. im **Oranjesflus-Lager** eingetroffen und treibt zur möglichsten Eile. Das Kommando führt **General Methuan**. Die Truppen sollen nur mit dem Brotbeutel, Patronen und Gewehr so schnell wie möglich gegen **Kimberley** vordringen. Alles Gepäck wird zurückgelassen, selbst die Korrespondenten dürfen kein Gepäck und keine Diener mitführen. Über **Vord Methuan** und seine Garden müssen bei ihrem waghalsigen Vorrücken einen starken Feind mit nach englischer Schätzung ca. 50 Geschützen in Flanke und Rücken hinter sich lassen. **De Mar** selbst ist von ihnen ebenso bedroht wie die Bahulinie von **de Mar** nach **Beaufort West** und **Kapstadt**, auf die sich im übrigen der größte Teil der dort gelandeten Truppen verzerlet. Das Haupt-Korps der Buren, 1000 Mann mit zwei Batterien Siebenpfündern, einer Kreuzbatterie und vier Maximgeschützen, steht bei **Maanpoot**. Da der Vormarsch auf **Kimberley** seitens **Vord Methuens** nicht vor Ende des Monats beginnen kann, dürfte die Lage der Dinge hier in dem Nordwestwinkel des Kriegsschauplatzes sich vorher noch wesentlich verschieben.

Nach einer „Neuter“-Meldung aus **Kapstadt** vom 15. November ist der Einfall der Buren in die **Kapkolonie** jetzt eine vollendete Thatfache. Es besteht kein Zweifel, daß Versuche gemacht werden, die Fährde des „Aufbruchs“ in der ganzen Kolonie zu entfalten. Die Ansichten der Buren auf Erfolg sind schwer zu beurteilen, viele Holländer sind ohne Zweifel aufgeregt durch die Anwesenheit der Buren. Darunter befinden sich zahlreiche, welche, solange die Buren noch auf der anderen Seite des Flusses sich befinden, nie daran gedacht haben würden, zum Feinde überzutreten. Näheres über ihre Haltung muß abgewartet werden, bevor sich irgend etwas hinsichtlich der Möglichkeit eines holländischen Aufstandes sagen läßt. Die Militärbehörden am Kap halten jede Vordwärtsbewegung der Truppen möglichst geheim. Das Publikum bleibt vollständig im Dunkel über den Bestimmungsort einzelner auf den Kriegsschauplatz gesandten Regimenter.

### Die Verabschiedung des Postgesetzes.

Der Reichstag nahm am Dienstag bei sehr schwach besetztem Hause die dritte Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vor und genehmigte denselben debattellos. Darauf wandte sich das Haus zur dritten Beratung des Postgesetzes, die nicht so glatt abließ. Schon zu dem ersten Artikel, der die Neuregelung des Zeitungstarifs enthält, waren mehrere Abänderungsanträge eingelaufen: zwei Centrumsanträge, von denen allerdings der eine rein reaktioneller Natur war und nachher zurückgezogen wurde, während der andere noch zur zwölften Stunde den der Kaplanspresse günstigen Zonen-Tarif einzuschmuggeln versuchte, sowie ferner ein national-liberaler Antrag **Haffe**, der die auf sozialdemokratische Initiative in der zweiten Lesung erfolgte Herabsetzung der Zeitungsgebühr von 3 auf 2 Pfennig wieder rückgängig zu machen suchte. Nach unterschiedlichen Reden und Gegenreden wurden sämtliche Anträge verworfen; es blieb bei den Beschlüssen zweiter Lesung, für die **Singer** energisch eintrat. **Bobbieloff** sprach sich gegen den Centrumsantrag, dagegen für den Antrag **Haffe** aus. Der Konervative **Dr. Dertel** schalt auf die gesinnungslose unparteiische Presse, womit er zur Abwechslung einmal Recht hatte.

Eine erregtere Debatte, in die sich sogar Nachklänge an die gestrigen Buchhausvorlage-Verhandlungen mischten, fand bei der Lesung des Artikels 3 statt. In der zweiten Lesung war ein sozialdemokratischer Antrag angenommen worden, wonach die private Beförderung einer auswärts erscheinenden politischen Zeitung innerhalb der Gemeindegrenze eines Ortes, wofin sie mit der Post verschickt worden ist, freistehen soll. Dazu beantragte unsere Fraktion den Zusatz, daß die private Beförderung auch an Sonntagen geschehen darf, um dadurch **Chikanen**, wie sie namentlich die mecklenburgische Regierung beliebt hat, für die Zukunft unmöglich zu machen. Die Regierung sträubte sich mit Händen und Füßen; der **Huzaren-General a. D.** fehlte sich aufs Kopf und erklärte das ganze Gesetz für unannehmbar im Falle der Annahme des sozialdemokratischen Antrages; der mecklenburgische Bundesratsbevollmächtigte **v. Dertgen** handte den Reichstag im neuerdings beliebten Oberhoheits-Mirbach-Tone an; ein in der Debatte gefallenes Citat aus den Worten **Posadowsky** ließ den Geheimrat von **Bobbieloff** zur nachträglichen Vertiefung der Buchhausvorlage auf der Tribüne erscheinen — es war vergebens und es half auch nichts, daß der Konervative **Kettlich** — mit einem „ch“ am Ende — und der National-liberale **Büding**, nicht zufrieden mit seinen gestrigen Vorbeur, der Regierung zur Hilfe eilten. **Singer** ging mit den mecklenburgischen Praktiken kräftig ins Gebet; der faule **Papa Nideri** bekannte, daß die Gefährung, die er mit der Regierung in Sachen des Vereinsrechts gemacht habe, selbst seine Denkart-Wilch in gährenden Dragenblut verwandelt habe; auch die Centrumsredner versuchten sich ihre partikularistischen Schranken und sprachen sich im Sinne des Antrages **Althier** aus, der schließlich gegen die Stimmen der Konserverativen und — des Abg. **Büding** angenommen wurde.

Die Beratung der §§ 4 (Entschädigung der Privatposten und ihrer Angestellten) und 5 (Verfahren bei der Feststellung der Entschädigung) verlief ohne weitere Zwischenfälle: das Schiedsverfahren, das die ursprüngliche Fassung vorgeesehen hatte und das in der zweiten Lesung durch das ordentliche Gerichtsverfahren ersetzt worden war, wurde wiederhergestellt. Ganz kurz wurde dann noch die Fernsprechtsgebührenordnung abgethan.

Am Donnerstag wird die zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle vorgenommen werden.

Der Bericht unseres **M.-Korrespondenten** lautet:







# 4 Volksversammlungen

tagen am Sonntag, den 26. November, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

**Friedrichslust, 2. Zerbster Bierhalle, 3. Weisser Hirsch, 4. Krone.**



**Semelline**  
auf der Sohle  
**4fache**  
Haltbarkeit der  
Sohlen

Unbedingter Schutz gegen kalte und nasse Füße

In Tuben für 2-3 Paar  
Sohlen und Absätze ausreichend  
à 60 Pfg. per Tube

vorrätig: 18

**Engros-Niederlaage**  
Eichler & Karcher, Drogerie en gros, Breitweg 124  
**Blazel-Verkaufsstelle**  
Sternberg & Co., Schuhwaren



Semelline auf der Sohle!  
**4fache**  
Haltbarkeit der Sohlen  
Unbedingter Schutz  
gegen kalte und nasse Füße  
SEMELLINE-COMPAGNIE MÜNCHEN

Feldstr. 62 Buckau Feldstr. 62

## Schuhwaren!

Empfehle billigst: Socken, Holzschuhe, Gummischuhe, Turnschuhe, selbstgefertigte starke Arbeits-Schuhwerkzeuge, Weihnachtsgeschenke nach Maß (Socken 1.50 Mt.)  
Jedes Paar Herren- und Damenstiefeln schon innerhalb 2 Stunden fertig zum Abholen.  
Achtungsvoll 3249

**Frau Mathilde Lehmann.**

Leber- u. Gewürz-  
Handlung  
von 2789  
**H. Reich**  
Magdeburg  
Fernsprecher 1236.  
Wilhelmstr. 15.

**Zum Totenfeste**  
bringe meine  
**Kindereien aller Art**  
in empfehlende Erinnerung.  
**C. Curio, Blumenhandlung**  
Neustadt, Luisenpark- Ecke. 3310

**Städt. Arbeitsnachweisstelle**  
unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5  
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.  
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.  
Weibliche 10-1 " " 4-7

**Es werden gesucht:**  
Männliche Abteilung:  
Landwirtschaftliches Personal und mehrere Handwerker für hier und außerhalb.  
Weibliche Abteilung:  
Stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten.

**Arbeitsnachweis der Gewerkschaften**  
Unentgeltliches Anknüpfungsbüro  
Alte Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.  
Fernsprech-Anschluß 1499.  
Geöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.  
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfahnen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.  
Gesucht werden:  
Schuhmacher, Schneider, Tischler, Drechsler, Stetlnmacher, Buchbinder, Schlosser (selbstständig), Töpfer auf Werkstat, Feilenhauer und Cigarrenmacher.

**Photographien**  
von  
**Marx, Lassalle**  
Liebknecht, Bebel  
Bisfit-Format - Preis 25 Pfennig  
empfiehlt die  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Zatobstraße 49.

**Fischlampen**  
mit galvanisierten Fischen von  
2 Mt. an.  
**Majolika-**  
**Fischlampen**  
großer Brenner, v. 3 Mt. an.  
**Hängelampen**  
in schöner Ausführung und  
guten großen Brennern von  
3 Mt. an.  
Kuppel-, Wandarme,  
Nachtlampen,  
Wand-, Flur-, Küchen-  
lampen von 30 Pfg. an.  
Sämtliche Bestand- und Ersatzteile  
einzeln. 2857

**O. Janoschek**  
vorm C. Marquardt  
Große Junkerstraße Nr. 6a  
der „Buckauer Bierhalle“ gegenüber.  
**Burg. Möbel in jeder Gohart**  
**Polsterwaren, Särge.**  
**M. Stollberg** 3289  
Breitweg 7 und Nachstraße 5.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren  
reelle Arbeit, empfiehlt  
**C. Dittmar, Tischlermeister**  
Tischlerkrugstraße 26. 933

**Stauend billig!**  
Kleiderschränke 23, 30 und 35 Mt.  
Vertikows 35 und 40 Mt.  
Pfeilerschränke 19 und 24 Mt.  
Pfeilerspiegel 10, 14 und 16 Mt.  
Sofatische Rohrühle 11 und 14 Mt.  
Rohrstühle 3.75 und 5.50 Mt.  
elegante Facons, nur 28-40 Mt.  
Diwans 45 und 55 Mt.  
Plüschdiwans 55 und 60 Mt.  
Moquetdiwans 70 bis 85 Mt.  
Taschendiwans von 85 Mt. an.  
Plüschgarnituren  
Bettstellen mit Matratzen für nur 24, 30 und 35 Mt. bei 3195

**Georg Mook**  
Breitweg 89/90.

**Uhren, Goldwaren**  
**Musikwerke**  
in kolossaler Auswahl.  
**Hermann Möller**  
Uhrmacher  
Buckau, Feldstraße Nr. 55.  
Reparaturen gut und billig.  
- Geschäft gegründet 1874. -

Eröffne mit dem heutigen Tage einen  
Kochfleisch-Verkauf. Schrotestraße 26.

**Wichtig für Hausfrauen!**  
**Gustav Grove**  
**Osterode am Harz**  
Wollwarenfabrik  
nimmt  
**Wolle und alte Wollfächer**  
zur Umarbeitung an und empfiehlt  
seine im Tragen sich vorzüglich be-  
währt habenden Fabrikate:  
**Haustleiderstoffe,**  
**Damenloden** für Promenade  
und Haus, **Stoffe für Herren-**  
und **Knabengarderobe, wolkene**  
**Schlarf, Reise- und Pferdedecken.**  
Billige Preise. Rasche Bedienung.  
Muster bereitwilligst franko.  
Kostenfreie Vermittlung erfolgt in  
Magdeburg durch Frau **Th. Beckmann,**  
Breitweg Nr. 15, Eingang Bäcker- und Frau **Chr. Beckmanns,**  
Magdeburg-Neustadt, Louisenstraße Nr. 4. 865

**Heinr. Schütze**  
Coaquitr. 19 Buckau Coaquitr. 19  
empfiehlt 2945  
sein großes Lager  
in  
**Gold-, Silber- u. Double-**  
**Schmuckgegenständen**  
wie  
**Ringe, Armbänder, Ohrringe,**  
**Ketten, Broschen usw.**  
- Alles Gold  
wird in Zahlung genommen.

**Möbel, ganze Wirtschafte,**  
Nachlässe  
**Herren- und Damen-Garderobe**  
kauft stets und zahlt die höchsten Preise  
**L. Lewy** 3289  
Katharinenstr. 4.

**Zum Totenfeste**  
empfiehlt seinen großen Vorrat Kränze  
von 50 Pf. an  
**M. Emskötter**  
Annastr. n. Dierdorferstr. Ecke.  
Haltestelle der Straßenbahn.

Mächte für einige Abende in der Woche  
ein flottes Kind unentgeltlich in  
Unterricht nehmen. Zu erfragen bei  
Seiner. Vogtländer, Budau, Marienstr. 1.

**Auf. Logis** Fahlberg 20, S. 11  
Wwe. Schmidt.

**Verloren!** Mittwoch nachm. nach 3 Uhr  
eine Goldreif-Prose mit  
blauen Steinen wahrscheinlich in der Spiel-  
kammer bei Frau. i. d. Buchhdlg. Volksh.

Zusammen und Sonntag:  
**Preis-Billard-Spielen**  
bei 3309  
**A. Schaaricht, Moldenstr. 26.**

**Luisenpark**  
Spilgartenstraße 1c  
Am Totensonntage:

**Schlachtfest**  
Von 9 Uhr ab: Tischfußball mit Bier,  
abends: Bratwurst mit Schmorhohl  
und alle Sorten feiner Wurst. 3309  
Ergebnis laßt ein **Carl Lankau.**

**Abschneidestiel des Verheiratheten- und**  
**Damenhelms,**  
Breitweg 82, 1 Tr.

Freitag: Wollschuppe à la Gardiniere mit  
Beimischung, Wenschauksauce.

**Die Beleidigung**  
gegen Frau Selma Mayer nehme ich zurück  
**W. Schreiber, Sudenburg.**

Frau **Ida Schmid** zu ihrem 31. Wiegens-  
feste ein donnerndes Hoch! **F. S.**

Uns. Meime z. heut. Wiegensfeste, wünschen  
wir das allerbeste. Familie **W. E. M.**

## Bauhalla

Donnerstag:  
**Abwechselndes**  
**Programm!**  
3130  
**Parterre-Saal!**  
Abends 7 Uhr  
**Großes Konzert**  
des  
Damen-Orchesters „Alliance“.

**Stadt-Theater.**  
Freitag, den 24. November 1899:  
**Bajazzo.**  
Oper in 2 Akten nebst einem Prolog von  
Leoncavallo.  
Hierauf:  
Der Postillon von Conjuvancou.  
Komische Oper in 3 Akten. Musik von Adam.

**Circus-**  
Theater.  
Nur kurze Zeit  
Die beiden

**Wuppen**  
Parodistische Handlung ohne Worte.  
Musik von Ad. Giesler.  
**Miesenerfolg!!**  
Sonntag, 26. d. M. (Totensonntag)  
Auf allgemeinen Wunsch  
der mit so großem Beifall aufge-  
nommene Vortrag des Herrn  
**Alfred Conrad**  
über  
„Russische Zustände.“



## Was eine sozialdemokratische Gemeindevertretung leistet.

Die hinter uns liegenden Gemeindevahlen, sowie die von unsern Gegnern wesentlich und unwissentlich verbreitete Unwahrheit, daß die Sozialdemokratie nichts Positives biete, sondern nur nörgeln kann, lassen es angebracht erscheinen, einen Artikel des Dr. E. Gumplovier „Aus dem fernem Osten Londons“ in den Sozial. Monatsheften in seinen wesentlichsten Teilen wiederzugeben:

Der Gemeinderat von West Ham, der großen Stadtgemeinde ostwärts des Lea, mit 300 000 Einwohnern, ist seit dreiviertel Jahren in den Händen der lokalen Arbeiterpartei, die aus Gewerkschaften unter der Führung ausstehender Sozialdemokraten besteht. Nennlich bekannt ist, daß diese sozialistischen Gemeinderäte den 1. Mai zum offiziellen Feiertag erklärt und ihn sowohl den Schulkindern als auch den städtischen Arbeitern freigegeben haben; desgleichen, daß sie den städtischen Arbeitern den achtstündigen Tag gewährt haben. Weniger gewürdigt ist die höchst bedeutende Aktion des Gemeinderats von West Ham in der Wohnungsfrage. Man weiß ja, wie nachbar in London, begünstigt durch das ungeliebte halbkapitale Grundeigentumsystem, der Wohnungsvoucher um sich gegripen hat und noch um sich greift. Es liegt nahe, diesem Übel durch Erbauung kommunaler Wohnhäuser für die arbeitende Klasse zu begegnen. In der That hatte schon die frühere, aus Progressives bestehende Gemeinderatsmehrheit von West Ham damit den Anfang gemacht, wenn auch nur in kleinen und in kleinlich-sparsamer Weise. Die neue, gewerkschaftlich-sozialdemokratische Mehrheit blieb dabei nicht stehen. Die Frontlänge der zu bauenden Häuser wurde von 17 auf 22 Fuß erhöht; große Grundflächen werden erworben, große Anleihen zu Bauzwecken aufgenommen, anstatt Tausenden werden Hunderte von Häusern gebaut, demnächst sogar, wenn Bill Thornes Vorschlag durchgeht, fünftausend Häuser. Jede Wohnung wird mit einem Badezimmer versehen, demnächst wird elektrische Beleuchtung eingeführt. Und bei alledem ist der Mietpreis dieser Wohnungen jetzt schon um ein Sechstel bis Siebentel niedriger angesetzt, als ein privater Hausherr ihn stellen würde. Mehrere dieser Häuschen, jedes zu zwei Familienwohnungen, werden einen neuangelegten öffentlichen Park flankieren, aber deshalb nicht teurer sein, als die andern; für den Mietpreis sind vielmehr allein die Selbstkosten maßgebend. Sogenannte Slums, d. h. komplexe, sanitätswidriger, enger, dumpfer und schmuckloser Häuser, werden angekauft, niedrigergerissen und durch kleine, aber gesunde Wohnungen zu 5 Schilling (Mark) die Woche ersetzt. Ein Teil dieser Ersatzhäuschen muß allerdings außerhalb des alten Bauplatzes errichtet werden, da man den kapitalistischen Schmutzstinken von Grundherren die „höchste Fruchtifizierung“ des Bodens eben doch nicht nachmachen kann. Die Absicht der ganzen Aktion geht ganz ausdrücklich dahin, die Stadtgemeinde zum größten Grundherrn innerhalb des Stadtgebiets zu machen, um so die Mietpreise in gemeinnütziger Weise regulieren zu können.

1) Sie besteht aus 27 Mann, sämtlich grundsätzliche Anhänger der Gewerkschaften und fast alle auch Mitglieder irgend einer Gewerkschaft. Von diesen 27 gehören 17 teils der Social Democratic Federation, teils der Independent Labour Party an. Die übrigen 10 sind liberale Sozialreformer.

2) Die kommunalen Wohnungen kosten, je nach der Größe 6 bis 7 Schilling (Mark) per Woche.

Eines Nachmittags machte ich in Begleitung eines sozialdemokratischen Gemeinderats einen Rundgang durch West Ham. Mein Begleiter, Councillor Terrett, ist ein stämmiger junger Zimmermannsgehilfe, übrigens als energischer Parteimann bekannt. Er führte mich hauptsächlich durch Canningtown, einem ebenso vollreichen als proletarischen Stadtteil. In seinem äußeren Ansehen zeigt Canningtown leider eine unverkennbare Familien-Neulichkeit mit Whitechapel. Auch hier lange, einförmige, niedrige Häuserreihen, Hunderte von Häusern nach demselben absolut funktverlassenen Plan gebaut. Aber die Einförmigkeit wird hier wohlthuend unterbrochen durch zahlreiche ebenso stattliche als malerische Bauten, die meist freistehen und von einigen hübschen Laubbäumen umrahmt sind; die öffentlichen Schulen hier. Von alten englischen Gemeinden hat West Ham die meisten Schulen und die höchste Zahl von Schulkindern im Vergleich zur Bevölkerungszahl. Sollten die Sozialdemokraten auch in dieser Körperschaft die Mehrheit gewinnen, so dürften sie daran gehen, die kommunale Speisung der Schulkinder einzuführen.

Zeit einigen Jahren sind die Sozialdemokraten beider Fraktionen mit vielem Eifer bemüht, ihre eigenen Kandidaten bei den Armenratswahlen durchzubringen. Da man bei dieser praktischen Tätigkeit die leidige Rivalität zwischen S. D. F. und I. L. P. grundtätlich bei Seite läßt, so werden in überwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirken nicht selten wenigstens einige Sozialisten gewählt. Und da die bürgerlichen Mitglieder des Armenrats zumeist nicht etwa zielbewusste Vorkämpfer des Kapitalismus sind, sondern eher harmlose Spießbürger ohne politische Interessen, so vermag schon eine kleine Minderheit rühriger Sozialdemokraten ganz Beträchtliches zu Gunsten der bedürftigen Bevölkerung zu erwirken.

Es war wiederum an einem für Londoner Verhältnisse sogar sehr sonnigen Nachmittage, da hatte mir Martin Judge, Gemeinderat und Herausgeber eines Wochenblattes, ein Rendezvous vor dem Rathause gegeben, um mir ein Stückchen sozialdemokratisch beeinflussten Armenwesens zu zeigen. Diesmal ging es weit nordwärts, quer durch die schmucken Cottageviertel von Leyton und Leytonstone bis an den Rand des Epping Forest. Dort steht Forest House (Forsthaus), ein stattlicher Herrensitz. Früher hauste ein bekannter englischer Dichter dort, und Alfred Tennyson ist oft sein Gast gewesen. Vor etwa 12 Jahren starb der Hausherr; der Armenrat erwarb das Heim des toten Dichters und machte daraus ein Versorgungshaus für dürftige Kreise. Seitdem ist Forest House durch einen mächtigen Zubau erweitert worden und hat derzeit zweihundert Zimmern. Ein Rundgang durch Haus und Garten zeigte jedenfalls ein ganz anderes Bild, als das des greulichen englischen Workhouse, wie es sonst war und an manchen Orten wohl noch heute sein dürfte. Die alten Leute waren keineswegs verschüchtert; sie waren den kameradschaftlichen Ton, in dem Judge sie begrüßte, offenbar schon seit langem gewohnt. Sie lungerten gemächlich herum; einige vergnügten sich in dem ehemals herrschaftlichen Billardzimmer, ein paar andere nahmen Teil an einer von den Anstaltsbeamten veranstalteten Cricketpartie. Jemand ein regelmäßiges Tagewerk wird von den Greisen nicht verlangt. Den Unterkunftsart so vieler schiffbrüchiger

\*) Whitechapel ist das berüchtigtste Viertel von London.

\*) S. D. F. und I. L. P. bedeuten Socialdemocratic Federation Independent Labour Party, d. h. Sozialdemokratische Federation und unabhängige Arbeiterpartei.

Existenzen zu einem Heim ungetrübten Glückes zu gestalten, dürfte freilich auch der besten Verwaltung kaum gelingen; aber viel Einsicht und viel Güte scheint in Forest House am Werk zu sein.

Auf Befragen erfuhr ich, daß auf den verschiedensten Gebieten des weitläufigen Armenwesens von West Ham eine energische Reformarbeit vor sich geht. Für den Fall, daß sie jemals die Mehrheit im Armenrat erlangen sollten, tragen sich Judge und die Seinen mit noch ganz anderen Plänen. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Wilhelm II. hat in ein „Goldenes Buch des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende“, welches die Buchhandlung von Weber in Leipzig vorbereitet, die nachfolgende Eintragung gemacht:

„Von Gottes Gnaden ist der König daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. Er darf seinen Weg und sein Vorgehen unter diesem Gesichtspunkt wählen. Diese jurchbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, giebt ihm auch ein Recht auf treue Mitwirkung seiner Unterthanen. Daher muß ein jeder Mann im Volk von der Überzeugung durchdrungen sein, daß er für seine Person mitverantwortlich ist für des Vaterlandes Wohlfahrt.“ Wilhelm, I. R.

Bei einer solchen Auffassung von den Pflichten und Rechten der Fürsten einerseits und der „Unterthanen“ andererseits ist nicht zu verstehen, welchen Zwecken noch Minister und Parlamente dienen sollen.

„Eichere Kantelen“ fordert in der Deutschen Tageszeitung ein Eingefandt vor Genehmigung des neuen Flottenplans in der Richtung, daß die Erhöhung der Schutzflotte die Einfuhr ausländischen Getreides ausschließt. Die Regierung müsse vor der Bewilligung der Flotte „nicht durch Worte, sondern durch Thaten beweisen, daß sie die Ernährung des deutschen Volkes durch die deutsche Landwirtschaft und nicht durch die deutsche Flotte sicher zu stellen denkt. Nur das auf die Thaten der deutschen Reichsregierung gegründete Vertrauen der Vertreter der deutschen Landwirtschaft und des Bundes der Landwirte kann eine so große Neubewilligung der Flotte rechtfertigen.“ Wenn den Agrariern also die Getreidezölle verdoppelt werden, sind sie für die userloren Flottenpläne gern zu haben. Den Notleidenden den Profit, dem Volk die Kosten! So war es immer und so soll es wieder werden. —

Unter den Flottenvereinigern ist bittere Fehde ausgebrochen. Fabrikant Großschon, der den ersten Gedanken für die Gründung eines Flottenvereins für sich in Anspruch nimmt, hat nach der Täglichen Rundschau gegen den Vorsitzenden des deutschen Flottenvereins, den Fürsten zu Wied und gegen den Sekretär Schweinburg Beleidigungsklage angestreift. In der Verhandlung können interessante Dinge ausgeplaudert werden. —

Zimmer neue Ausgaben bringt die Erwerbung der wertvollen Karolinen-Inseln mit sich. Jetzt soll auf Reichskosten ein größerer Dampfer beschafft werden für den Verwaltungsdienst des jungen Herrn v. Bennigsen als Gouverneur von Neuguinea und den Südpol-Inseln. —

Der freisinnige Niederschlesische Anzeiger in Glogau ist mit Beschlag belegt worden wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die in einem Leitartikel der Sonntagsnummer enthalten sein soll in der Betrachtung über den Brief des Oberhofmeisters der Kaiserin an die Berliner Stadtverordnetenversammlung. —

## Genilleton.

### Der Roman einer Verschwörung.

Von H. Rauc.

In's Deutsche übertragen von Marie Kunert.

(15. Fortsetzung.)

Herr Descoffes liebte aber auch den Scherz. Er war faust und nachgiebig gegen die Gefangenen, die Geld hatten. Strenge Maßregeln zerrissen ihm das Herz. Gewiß, er befolgte das Reglement nach dem Buchstaben, aber er milderte die Härten desselben durch schöne Redensarten. Er fürchtete stets, seinen Pensionären gegenüber nicht zartfühlend genug zu sein; wenn er sie traurig sah, blutete ihm das Herz, Thränen und Abschiedsreden konnte er nicht ertragen. Als s. B. nach dem Attentat des Rivose\*) der Vater Rochereuil nach der Seychellen transportiert werden sollte, wartete er, der der ganzen Sache fremd gegenüberstand, von Tag zu Tag auf seine Freilassung. Statt dessen traf der Befehl zur Deportation des ehemaligen Konventmügliedes ein. Als der treffliche Descoffes die Debre erhielt, war Frau Rochereuil, die ihren Gatten täglich besuchte, gerade in der „Heimführung“. Descoffes hätte sie benachrichtigen können, aber dann wäre er Zeuge des Schmerzes der Gattin gewesen, er hätte ihrem herzzerreißenden Abschied beizuhelfen müssen. Wie leicht wäre Frau Rochereuil auch nach der Präfektur geeilt, um die Erlaubnis zu erbitten, daß ihre Kinder den Vater das letzte Mal umarmen könnten. Das gefühlvolle Herz Descoffes hätte bei einem solchen Anblick zu sehr gelitten.

Descoffes behielt den Befehl für sich und teilte ihn Rochereuil erst im Moment der Abreise mit. Rochereuil, der so unermutet dadurch überrascht wurde, war ohne Geld, ohne Mantel und fast ohne Wäsche.

„Ach der arme Mann,“ rief Descoffes da, „wer hätte

auch ahnen können, daß er sein Gepäck nicht bereit hatte?“ stutz, wenn Descoffes bei einem Angeklagten die „peinliche Frage“ in Anwendung zu bringen gehabt hätte, so würde er ihm die Beine ausgereißt und die Knochen ohne Zaudern gebrochen haben, aber er hätte das Thränen im Auge zerdrückt; und als er den Auftrag erhalten hatte, Bidjegrin im Gefängnis zu erdroffeln, bat er ihn, bevor die Schlinge zugezogen wurde, seine Entschuldigung und die Versicherung seines aufrichtigsten Bedauerns entgegen zu nehmen.

Am übrigen war er, wie man sieht, der beste Mensch von der Welt und das Muster eines Gefängnisinspektors. Er hat Schule gemacht.

Das Gefängnis „Zur Heimführung“ war, wie sein Name sagt, ein ehemaliges Nonnenkloster. Bevor es diesen frommen Damen gehörte, trug dieses Haus den Namen „Hotel Irland“ oder „Hotel de Ecoffais“. Es soll von einem gelehrten Schotten namens Robert Irland erbaut worden sein, der Professor an der Universität von Poitiers und ein vertrauter Freund Rabelais' gewesen war. Die Ueberlieferung berichtet, daß die beiden gern gemeinsam zechten.

Als die Nonnen einige Soms zusammengesparrt hatten — Poitiers ist stets ein gesegneter Boden für die geistlichen Orden der verschiedensten Farben gewesen — kauften sie das Hotel von der Familie Irland und vergrößerten es beträchtlich. Dort, versichert man, erfannten sie ein feines Konfekt, das sie Engelkonfekt nannten. Wahr ist es allerdings, daß die Heimführungsschwester von Niort ihnen diese Ehre abstreiten. Wie dem auch sei; in der Revolutionszeit wurde das Kloster in ein Gefängnis umgewandelt. Schlimm war es für die Gefangenen, daß die Nonnen ihre Möbel mitgenommen hatten. So hieb nichts übrig als die Höfe, in denen das Gras so hoch wuchs, daß man es abmähen konnte, die vergitterten Fenster und die kalten, nackten Zellen.

Die „Heimführung“ ist ein ungeheures Gebäude, das zu der Zeit, in der wir uns damit beschäftigen, fast vollständig

von riesigen Gärten umgeben war. Alle diese Gärten erstreckten sich in mehr oder weniger steilen Abhängen bis zum Boulevard du Grand-Cerf, dem Faubourg Pontachard und dem Sumpf von St. Hilarius, der jetzt ausgetrocknet ist. Das Gefängnis war auf einer Seite von einer sehr schmalen Straße, der Rue de la Visitation, und auf der anderen von einem kleinen Teile der Rue de Ecoffais begrenzt. Am ängstlichen Ende der Rue de la Visitation, dort, wo die Straße sich in eine Art Treppe verwankele, fiel die Umfassungsmauer so steil ab, daß man hier die Aufstellung eines Wachtpostens selbst in der Nacht unterließ. Die Rue de Ecoffais bildete in ihrem an das Gefängnis anschließenden Teile den Weg der Munde, und des Abend verriegelte man beide Thore am Ende des Gäßchens, das sich so während der Nacht vollkommen abgeschlossen befand. Die rechte Seite des Gäßchens, wurde durch Gärten und die Nebengebäude der Häuser in der Rue des Hauts-Treilles gebildet, die linke Seite durch eine Mauer von vier bis fünf Meter Höhe. Diese Mauer war von einigen Thüren durchbrochen, durch die man in die Gärten eintreten konnte. Am Fuße der Hügel und Gärten der „Heimführung“ befand sich, wie bereits erwähnt, jenseits der Boulevard du Grand Cerf, der Sumpf von St. Hilarius, eine schlammige, überfließende Fläche, welche diesen Teil der Stadt sehr ungesund machte. Eine große Zahl von Arbeitern war dort beschäftigt. Kurz, die Gärten, welche die „Heimführung“ umgaben, standen mit einem Teile der oberen Stadt durch die Rue des Hauts-Treilles und mit dem anderen durch den Boulevard und den Faubourg du Grand-Cerf in Verbindung.

Es war der erste Sonntag im September, der Tag, für den der alte Herr mit den zimmetfarbenen Beinkleidern Juliette Vefrancois in der St. Hilariuskirche um eine Zusammenkunft gebeten hatte; derselbe Tag, an dem Degrange, der Direktor im Privatdienste des Herzogs von Novigo, dem Untersuchungsrichter anheim gestellt hatte, Pierre Rochereuil und den Abbé Georget mit einander verfehlen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Rivose, eigentlich Schneemonat, ein Monat des französischen Revolutionskalenders vom 21. Dezember bis zum 19. Januar.



## Aus der Parteibewegung.

Bei der am Dienstag stattgefundenen **Stadtvorordneten-Sitzung** in Detmold wurden die Genossen **Wiedemann** und **Münzer** mit 150 Stimmen gewählt. Ihre Gegner erhielten 137 Stimmen.

**Gemeinbewähler.** Unsere Genossen in **Varmen** haben bei der Wahl einen bedeutenden Erfolg errungen. Trotz der Streichung von 1320 „Schlafburschen“ aus der Wählerliste erhöhte sich die Zahl unserer Stimmen von 1807 im Jahre 1897 auf 2080. Unsere sämtlichen Kandidaten kommen in die Stichwahl mit den Kandidaten der freisinnig-ultramontanen Liste, die auf 2218 Stimmen kam. — In **Oggersheim** (Rheinpfalz) wurden acht Parteigenossen in den Stadtrat gewählt. Sie erhielten 375 bis 502 Stimmen von 733 abgegebenen.

**Dankend quittiert.** Nach bekannten Mustern plant man in **Essen** eine große Aktion. Der Redakteur unseres dortigen Parteiblattes wurde vernommen unter der Beschuldigung, unerlaubte Sammlungen veranstaltet zu haben, weil er Quittungen über irgendwo eingezahlte Gelder zu Streikzwecken veröffentlicht hat. Nachdem er dies in seinem Blatte gebührend bekannt gemacht hatte, fand er am andern Morgen in seinem Redaktionsbriefkasten ein Couvert mit 51 Pf. und dem folgenden, zwar nicht sehr poetischen, aber in Anbetracht der Umstände sehr lustigen Gebicht:

Die Welt wird schöner mit jedem Tag!  
Noch schöner werden die Zeiten!  
Jetzt will die Staatsanwaltschaft sogar  
Das Recht zum Quittieren bestreiten!

Als dies ich heut gelesen hab',  
Fiel's Herz mir in die Augen!  
Soll ich den Statgewinn vielleicht  
Von gestern abend verzinsen?

Nein! Unsere Arbeit wird nicht ruhn,  
Und nimmer werden wir rasten.  
Was wir erhalten zum guten Zweck  
Fliegt in den Redaktionsbriefkasten!

Und darüber muß er nun wieder dankend quittieren. Ist das nun auch eine „unerlaubte Kollekte“, die den Staatsanwalt auf den Plan ruft? —

Mit dem Parteitage in **Hannover** beschäftigten sich zwei Versammlungen am 4. und 11. November im **Kommunistischen Arbeiter-Vereinsverein in London**. Nach dem Referat des Genossen **Köttgen** entspann sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die Genossen **Jensen**, **Freund**, **Dr. Bach**, **Motteler**, **Hermann**, **Weingartz**, **Rauenheimer** u. a. beteiligten, worauf schließlich zwei Resolutionen angenommen wurden, deren erste lautet: „Die Versammlung spricht ihre volle Zufriedenheit mit den Parteitagebeschlüssen in **Hannover** aus. Sie sieht im Referat und der Resolution **Webels**, sowie in der Haltung der überwiegenden Mehrzahl der Delegierten ein prinzipielles Festhalten an unserer bewährten Theorie und Taktik.“ In der zweiten Resolution spricht die Versammlung ihre Überzeugung aus, daß der Parteitag in **Hannover** in seinen Beschlüssen in Beziehung auf die Person des Genossen **Bernstein** nicht durch die Erinnerung an dessen frühere Verdienste um die Partei geleitet wurde, sondern einzig von der Ansicht, daß **Bernstein** auch heute noch Sozialist ist, da er sich für die politische Aktion und für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erklärt hat.

**Eine „Enthüllung“.** Als etwas Funkelnagelneues verkünden jetzt bürgerliche Blätter der Welt, daß jemand aus **Speyer** dem Genossen **Liebnecht** einen Brief geschrieben über die Landtagswahl in **Speyer**. Die guten Deutschen! Wenn sie nicht ein gar so kurzes Gedächtnis hätten, so müßten sie doch wissen, daß das gar nichts Neues ist. Ist es doch auf unserm Parteitag in **Hannover** in aller Öffentlichkeit verhandelt worden, wobei übrigens von berufener Seite die Behauptungen des Briefschreibers als unwahr gekennzeichnet und außerdem festgestellt wurde, daß der Mann schon vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden

ist. Daß er jetzt mit seinem Briefe bei der bürgerlichen Presse haufenlos geht, kennzeichnet ihn übrigens genügend.

In **Hamburg** verließ am Sonntag der dortige Parteigenosse **Beßler** die **Marxistenwache**, in der er 4 Monate wegen **Majestätsbeleidigung** zugebracht hat.

Von einer **Spaltung der belgischen Sozialdemokratie** wurde in den letzten Tagen in der belgischen konfessionell-klerikalen Presse viel gefabelt. Auch in die ausländische Presse halte man ähnliche Andeutungen lanciert. Man hatte sogar schon einen neuen Namen entdeckt, den angeblich die neue Partei annehmen werde: „Freie sozialistisch-republikanische Partei.“ In den ganzen Gerüchten ist, wie aus Briefen geschrieben wird, kein wahres Wort. Entstanden ist das Gerübe durch den Unfug, daß der **Löwen Kongress**-Beschluss, es den Deputierten gestatte, in der Frage der Proportional-Vertretung auf der Basis des Pluralstimmrechts ihrer früheren Stellungnahme gemäß zu stimmen. Der Generalkonvent der Partei, der am Mittwoch eine Sitzung abhielt, konstatierte die volle Einmütigkeit der Partei.

### Totenliste der Partei.

Ein braver Mitkämpfer, der Parteigenosse **Carl Werner**, starb am Sonnabend in **Essen** an einer schweren Nervenkrankung, an der er seit mehr als Jahresfrist litt. Er hat seine ganze Kraft in Dienste der Partei geopfert. Er gehörte mit zu den Gründern der Zählstelle des Metallarbeiter-Verbandes in **Essen** und wurde dafür mit etwa 30 Kollegen von **Krupp** gemajestret.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In **Sachsen** gegen den Redakteur **Ed. Schmid** von der **Münchener Post** u. Gen. wegen **groben Unfugs**, begangen durch die Bezeichnung des Geheimes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses als „**Schandgesetz**“, hat das Oberlandesgericht **München** durch heute verkündetes Erkenntnis das freisprechende Urteil des Landgerichts **München I** vom 18. September samt seinen tatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Das Oberlandesgericht führt in der Begründung seiner Entscheidung aus: Zum **Charakter** des § 360, 11 wird nicht gefordert, daß die von der Groben Unfugs-Handlung ausgehende Belästigung unmittelbar auf das Publikum wirkt, daß die Handlung eine Belästigung oder wirkliche Störung der öffentlichen Ordnung zur Folge hat, es genügt auch eine Gefährdung derselben. Die Feststellungen des Berufungsgerichts lassen im Unklaren, ob es dem § 360, 11 diese Tragweite gegeben hat, die Feststellungen sind so allgemein, daß nicht zu erkennen ist, ob die Verletzung lediglich deshalb, weil keine wirkliche Störung der öffentlichen Ordnung verursacht worden ist, auf Freisprechung erkannt hat. Das Berufungsgericht scheint keine einzige der möglichen Voraussetzungen für die Gefährdung der öffentlichen Ordnung in Betracht gezogen und die Belästigung ausschließlich nach der Wirkung auf die in der betreffenden Versammlung anwesenden Parteigänger der Angeklagten bemessen zu haben. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß die Verneinung der Schuldfrage erfolgt ist, ohne daß das Moment der Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung geprüft worden ist. Die vom Berufungsgericht ausdrücklich und augenfällig gemachte Unterscheidung zwischen Unfug und grobem Unfug führt zu dem Zweifel, ob das Gericht nicht den Gesamtbegriff des groben Unfugs nach § 360, 11 in unzulässiger Weise in zwei selbständige Tatbestandsmerkmale, Unfug und groben Unfug, zerlegt hat, was rechtsirrtümlich wäre.

**Gingestellt** ist ein Verfahren gegen Genossen **Winter**, seine Frau und Genossen **Tulker** in **Deutsch** wegen angeblich „unerlaubter Ausübung des Konzipientengewerbes.“ (!) In ihrer Thätigkeit im **Deutscher Arbeitersekretariat**, das während **Winters** Gefangenschaft dessen Frau verwaltet hatte, hatten sie sich diese Anklage zugezogen. Die obige Beschuldigung

beruht auf falscher Denunziation. Die ober-schleffischen Behörden können sich mit dem Arbeitersekretariat anscheinend nur sehr schwer befreunden. —

Wegen **Beleidigung des Landrats Junge** in **Thelhoe** wurde der Redakteur der **Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung**, Genosse **Korn**, zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um Vorgänge bei dem Streik in **Wilsler**.

## Soziale Bewegung.

### Inland.

Der **Central-Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter** wird demnächst aufhören, selbständige Gewerkschaft zu sein. Die meisten Zweigstellen haben bereits beschlossen, sich dem **Metallarbeiter-Verband** anzuschließen, welcher zugesprochen hat, daß die bisherigen größeren Ortsstellen als selbständige Sektionen neben den anderen Zählstellen des Metallarbeiter-Verbandes weiter bestehen bleiben und auch das Organ des Verbandes „**Der Goldarbeiter**“ bis auf weiteres fortgeführt wird. Der **Goldarbeiter-Verband** hat nie mehr als 2000 von den etwa 34000 der Branche Angehörigen in sich vereinigt. Der Uebertritt in den Metallarbeiter-Verband erfolgte, weil Mitglieder und Verwaltung eingesehen haben, daß ein so kleiner Verband bei Umständen nicht im stande ist, seinen Mitgliedern mit dem erforderlichen Nachdruck beizuhelfen.

**Kapitalgewinne der chemischen Industrie.** Für die Jahre 1897 und 1898 verteilten die Aktien-Gesellschaften der verschiedenen Zweige der chemischen Industrie Deutschlands im Durchschnitt folgende Dividenden:

	1897	1898
Fabriken von Alkalien und Mineralsäuren	12,21	13,11
„ „ pharmazeutischen und photographischen Präparaten	8,21	9,78
„ „ Farbstoffen und Derivaten	22,09	21,24
„ „ Explosivstoffen	14,75	11,28
„ „ Zündwaren	8,75	9,58
„ „ künstlichen Düngemitteln	2,66	3,16
Die Durchschnittsdividende sämtlicher chemischer Fabriken auf Aktien in Deutschland betrug	12,11	12,69

Die **Arbeitslöhne** in der chemischen Industrie haben im letzten Jahre nur in einzelnen Fällen einige Verbesserungen erfahren, die aber nicht entfernt der Höhe und der Steigerung der mühselos gewonnenen Aktiendividende entspricht. Meist stehen die Löhne auch in dieser gefährlichen Industrie unter 1000 Mark pro Jahr. —

### Ausland.

Ein **belgischer Gewerkschafts-Kongress** tagt am 24. und 25. Dezember im Volkshaus in **Brüssel**. Gewerkschaften, die an die Arbeiterpartei nicht angeschlossen sind, haben Zutritt. Es wird verhandelt über: Arbeiterversicherung, Gründung einer Kranken-, Heil- und Pflege-Anstalt. —

Der **Streik der 208 Spinnerinnen** der **Firma Holm** u. Söhne in **Kopenhagen** ist nun endlich aufgehoben. Die Frauen hatten eine geringe Lohnerhöhung, sowohl für Tages- als für Accordarbeit verlangt, die damals, im Mai, abgelehnt wurde. Nun ist ein Vergleich zwischen der Firma und dem „**Weiblichen Arbeiter-Verband**“ geschlossen, daß die Frauen 1,65—1,50 Minimal-Tageslohn erhalten sollen. Auch für die Accordarbeit ist ein günstigerer Preiskurant ausgearbeitet. Sie werden etwa 2,10 per Tag verdienen können. Bezeichnend für die Verhältnisse in **Kopenhagen** ist, daß die 108 Frauen zusammengehalten haben — sechs volle Monate lang — und sich nicht eine Arbeitswillige gemeldet hat! —

## Kleines Feuilleton.

### Eine literarische Fehde.

Dieser Tage feierte die **Berliner Freie Bühne**, deren Vorstand jetzt **Ludwig Fulda** ist, mit der Ausführung eines Dramas „**Frühlingsopfer**“ von **E. von Keyserling** ihr zehnjähriges Jubiläum. Diese Gelegenheit hielt **Oscar Blumenthal** für günstig, um wieder einmal gegen die modernen Bestrebungen auf dem Theater zu protestieren. Der Verfasser von „**Als ich wiederkam**“ fühlte das Bedürfnis, der deutschen Literatur, welche ihre hohen Ziele aus dem Auge zu verlieren droht, ein ernstes Mahnwort zuzurufen. So veröffentlichte denn das **Berliner Tageblatt** ein Feuilleton in **Berlin**, welches betitelt war: „**Jubiläumsnachtänge. Eine Gegenstimme**“ und in welchem **Oscar Blumenthal** unter anderem folgendes jagte:

Das war der „**Freie Bühnen**“-Tag  
Das stolze Jubiläum . . .  
Die Glocken läuteten rings im Land  
Der alten Kunst das Lobem.

Man warf drei schlanke Schollen nach  
Der rühmlos verbliebenen Toten,  
Und hatte zum ersten Jubeltag  
Die alten Getreuen entboten.

Da saßen sie wieder dicht gereiht,  
Die Kunstmännchen von heute,  
Die gern genießen zur Frühstückszeit  
Den Januerton armer Leute.

Und als der Vorhang gelüftet kaum . . .  
Wie strahlten rings alle Mienen!  
Das war ja der alte mußige Raum,  
Der hier so oft erschienen.

Das ist ja das Zimmer arm und kah! —  
Da schleichen graue Gespenster.  
Die Sonne selbst scheint gelb und faß!  
Durch nie gepuhte Fenster!

Die Wände seucht . . . und Fleck an Fleck . . .  
Des Tischs Farbe mißfärbt . . .  
Die Dielen sandgrau — nur der Dreck  
Belebt sie koloristisch . . .

Das ist ja Krankenstubenluft  
Mit dem alten erquickenden Odem!  
Aus Baldriantropfen und Branntweinstumpf  
Der liebe, würzige Brodem.

Das ist auch wieder das sieche Weib  
Im dümmrigen Nebenzimmer.  
Man hört als Labe für Herz und Leib  
Ihr Jünges Schmerzensgewimmer.

Das ist das Theaterlagarett  
In unverminderter Schöne . . .  
Das ist ja auch wieder das Krankenbett  
Im Hintergrunde der Scene.

Und äubert sich alles im Erdennind,  
Wenn die Jahre schlüpfen und alteln —  
Das Krankenbett im Hintergrund  
Das trotz dem Wandel der Zeiten.

Und in dem Raum voll Staub und Dunst  
Wollt sich das alte Erlebnis . . .  
Das ist von einem Decennium Kunst  
Das herrlichste Ergebnis!

In Wort und Fabel, in Bild und Ton  
Kein Hauch eines Selbst-Poeten . . .  
An Stelle der alten Konvention  
Ist nur eine neue getreten.

Wenn man diese Bemerkungen von **Oscar Blumenthal** über die junge dramatische Kunst der letzten zehn Jahre liest — diese ichobdbrig-oberflächliche Kritik, welche das wirklich Wertvolle, das geschaffene wurde, mit Stillschweigen übergeht und nur an gewisse Unwüchse und Trivialitäten anknüpft, die sich in jeder künstlerischen Bewegung finden, — so fühlt man das Bedürfnis, allerlei zu sagen. Aber was zu sagen ist, hat **Ludwig Fulda** zum Teil gesagt in einer gereimten Erwiderung auf **Blumenthals** **Reim-Kritik**. Diese Erwiderung betitelt sich „**An Oscar Blumenthal. Eine Gegenstimme**“, ist gleichfalls im **Berliner Tageblatt** erschienen und enthält unter anderem die folgenden Verse:

Nun sag mir, **Oskar Blumenthal**  
Du Priester im Tempel des Schönen,  
Warum denn willst Du wieder einmal  
Die „**Freie Bühne**“ verpöhlen?

Wodurch verdient sie Dein Strafgericht?  
Was hat sie Schlimmes bebrochen?  
Sie ließ an die Thür vergeblich nicht  
Einen jungen Dichter pochen.

Und ist ein junger Dichtersknapp  
Auch lange noch kein Ritter.  
Warum vom hohen Köhl herab  
Richtest Du gar so bitter?

Am jedem Abend, der werden mag,  
Bist Du der Hausvollkoster,  
Und nicht einen einzigen Vormittag  
Gönnt Du dem „**Frühlingsopfer**“?

Der **Bezauns**, das wirst Du gestehn,  
Gehört doch auch zu den Pferden.  
Darf der sich nur im **Circus** dreh'n?  
Muß täglich gewiehert werden?

Was hat Dich getränkt? Was hat Dich bedroht  
In Deinem heil'gen Besige?  
Dein Monopol ist nicht in Rot;  
Du machst ja die besten Wiße.

Doch regt sich in fremdem Geträum' und Gedicht  
Ein tiefes, ernstes Streben  
Und fordert bescheiden sein Plätzlein am Licht,  
Dann, bitte, laß ihm das Leben!

Was ewig im Menschenherzen wohnt,  
Zu schildern, dankt Dir **Gemeinplatz**;  
Denn wo behaglich Herr **Giesede** thront  
Zu heiliger Reihheit, ist Dein Platz.

Der soll nun wieder das deutsche Gemüt  
Mit edlerer Kunst ergötzen;  
Denn was in jüngeren Poeten glüht,  
Kann keinen **Glückstrumpf** erzeu'n.

Und „**Nichtung**“ hin, und „**Nichtung**“ her  
Ja, wer mir die rechte doch nennt!  
Nichtung braucht man beim **Militär**;  
Wir aber brauchen **Talente** . . . .

Die **Freie Bühne**, sie nenn' ich frei,  
Weil fern vom Dienste der **Masse**  
Sie nicht bemüht die **Poeterei**  
Nach **Lachergeläch** und **Russe**.

Und suchst fürder ein neuer Post  
Nach Helfern schon bekommen —  
Auch wenn uns **Oskar** den Rücken dreht,  
Wir werden wiedertommen.

Hieran hat nun wieder **Oscar Blumenthal** in einem „**Postscriptum**“ repliziert und hat, da er über die „**Freie Bühne**“ nicht mehr gut etwas sagen konnte, gegen **Ludwig Fulda** persönlich sich gewandt. Im **Postscriptum** heißt es:

Welch hohe Ehre wird mir zu teil!  
Das lobt ja mein tüchtiges **Posten** . . .



## Die Kinderarbeit in Berlin.

Unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans erledigte am Montag Abend der zur Vorberatung des Antrages des Stadtv. Singer und Genossen betreffend das Verbot gewerblicher Thätigkeit schulpflichtiger Kinder außerhalb des Hauses eingetragene Ausschuss in vierstündiger Beratung die ihm überwiesenen Aufgaben. Mit dem Antrag Singer war dem Ausschuss zugleich die vom Polizeipräsidenten beabsichtigte Polizeiverordnung über dieselbe Angelegenheit zur Vorberatung überwiesen.

Die Polizeiverordnung lautet:

### Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195 ff.) wird für den Stadt-Bezirk Berlin mit Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes folgendes verordnet:

#### § 1.

Kinder, welche das 9. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen außer dem Hause eine gewerbliche Thätigkeit irgend welcher Art nicht ausüben.

#### § 2.

Kinder, welche das 9., aber noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet haben, dürfen außerhalb des Hauses abends nicht nach 7 Uhr und morgens in den Monaten April bis September nicht vor 5 1/2, in den Monaten Oktober bis März nicht vor 6 1/2 Uhr zum Austragen von Backwaren, Milch, Zeitungen oder anderen Gegenständen, ferner zum Regellaufen oder zu sonstigen Verrichtungen in Schausthätigkeiten, sowie überhaupt zu irgend welchen mechanischen Dienstleistungen in einem Gewerkebetriebe verwendet werden.

Abweichungen dieser Polizeiverordnung werden an Eltern oder den zur Erziehung Verpflichteten sowie den Personen, welche Kinder entgegen den Bestimmungen der vorstehenden Paragraphen für ihren Betrieb beschäftigen, mit Geldstrafe bis zu 50 Mark und im Falle des Unerwähnten mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

#### § 4.

Diese Verordnung tritt am 1. November in Kraft.

Berlin, den 3. Oktober 1899.

Der Polizeipräsident

S. B.: gen. Anzeihen.

Stadtv. Singer begründet seinen Antrag, indem er die Unzulänglichkeit der Polizeiverordnung eingehend nachwies und erklärte, daß er an dem weitgeschlossenen Verbot gewerblicher Thätigkeit schulpflichtiger Kinder festhalte. Die nach der Verordnung freigestellte gewerbliche Ausübung von Kindern von 9—14 Jahren sei inhuman, und wenn für solche Kinder inl. der Schulstunden eine 10—11stündige Arbeitszeit gestattet sein soll, so müsse dies vom Standpunkt der Schule sowohl als im Interesse der geistigen und körperlichen Entwicklung der Kinder bekämpft werden. Die Mitwirkung kleiner Kinder an Theatern und öffentlichen Schaustellungen — die überdies noch an späten Abendstunden erfolge — sei von schlimmen moralischen und körperlichen Folgen begleitet. Der Redner beantragt ein ausdrückliches Verbot derartiger Beschäftigungen, weil dieselben nicht als „mechanische“, sondern als „künstlerische Dienstleistungen“ angesehen werden könnten und dann nicht unter die Polizeiverordnung stiele.

Stadtv. Ulrich stimmt der Polizeiverordnung zu, will jedoch eine Bestimmung, wonach Kinder von 12—14 Jahren nur dann außerhalb des Hauses gewerblich beschäftigt werden dürfen, wenn die Schuldeputation einen Dispens vom Nachmittags-Unterricht erteilt hat.

Stadtv. Bölich vertritt den Standpunkt der Polizeiverordnung, sowie die Notwendigkeit, Kinder mit Austragen von Backwaren, Zeitungen, Regellaufen usw. zu beschäftigen, weil die Familien den Verdienst der Kinder brauchen und z. B. Winnen, eheverlassene Frauen und schlecht gelohnte Arbeiter diese Zuzüge nicht entbehren können.

Stadtv. Sden ist für Beschäftigung der Schulkinder und beziffert den Lohnausfall derselben auf etwa 2 Millionen Mark.

Stadtv. Ulstein stellt dagegen den Antrag, die Beschäftigung des Morgens im Sommer nicht vor 6 Uhr, im

Winter nicht vor 7 Uhr beginnen zu lassen, und beantragt außerdem, Kinder unter 12 Jahren nicht in Theatern und öffentlichen Schaustellungen beschäftigen zu lassen.

Stadtv. Cassel ist im Prinzip für den Singerschen Antrag, kann sich aber in Rücksicht auf die thatsächlichen Verhältnisse nicht dazu entschließen, ein Verbot auszusprechen. Wegen einer etwaigen kleinen Verbesserung der Polizei-Verordnung in Bezug auf Beschäftigungs-Alter und Zeit hat Redner nichts einzuwenden, wenn kein materieller Verlust für die Eltern dadurch entsteht.

Stadtv. Tolsdorf stimmt in allem den Singerschen Ausführungen zu und verbreitet sich namentlich über die Schäden, die für die Kinder durch Arbeiten vor der Schulzeit entstehen.

Stadtv. Mommsen meint, daß ein Verbot nicht ohne Schädigung der finanziellen Lage der Eltern möglich ist; er hält die Polizeiverordnung für den ersten Schritt auf einem Wege, den er im Prinzip billigt, und beantragt eine Resolution, in der die Forderung des Antrages Singer anerkannt, derselbe jedoch zur Zeit abgelehnt wird.

Stadtv. Dr. Langerhans spricht sich für ein Verbot jeder gewerblichen Thätigkeit des Morgens vor der Schulzeit aus, während er Nachmittags- und Abendarbeit zulassen will.

Stadtschulrat Mertram hält seine im Plenum der Versammlung gemachten Ausführungen in allen Punkten aufrecht, empfiehlt die Annahme der Polizeiverordnung und motiviert dies damit, daß der Lohnausfall von den Eltern nicht getragen werden könne.

Stadtv. Friel beantragt, das Verbot jeder gewerblichen Beschäftigung bis um 12 Uhr auszudehnen. Laufbürgenthätigkeit im Alter von 12—14 Jahren hält Redner für erzieherisch sehr vorteilhaft.

Stadtv. Jacoby ist für Annahme der vorliegenden Polizeiverordnung und gegen jede Verbesserung derselben, weil die damit beabsichtigte Beschränkung der Kinderarbeit vollkommen genügt.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Singer mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Ebenso der Antrag Langerhans auf Fortfall der Beschäftigung vor der Schulzeit gegen 4 Stimmen.

Der Antrag, das von Thätigkeit freie Alter auf 12 Jahre heranzuziehen, wird mit 19 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Angenommen dagegen wird der Antrag gänzlichen Verbots gewerblicher Thätigkeit bis zum vollendeten 10. Lebensjahr mit 10 gegen 4 Stimmen. Abgelehnt wird der Antrag, die Thätigkeit im Winter erst am 7 und im Sommer erst am 6 Uhr beginnen zu lassen; es bleibt bei dem Vorschlag der Polizeiverordnung.

Den Antrag, Kinder, die Dispens von der Schulverwaltung erhalten, von der Polizeiverordnung auszunehmen, wird mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen.

Ebenso findet der Antrag, für Kinder unter 12 Jahren jede Beschäftigung bei öffentlichen Schaustellungen usw. zu verbieten mit 7 gegen 5 Stimmen Annahme.

Referent für das Plenum ist der Stadtv. Ulstein. —

## Gerichtliche Aeteise.

### Randgericht Magdeburg.

Der vorbestrafte Zimmerlehrer Georg Frischler zu Schönebeck, geboren 1879, verurteilt am 8. Oktober d. J. dem Arbeiter Köppling einen Wasserstein in die linke Kopfschläfe und wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wegen Diebstahls, Begünstigung und Hehlerei sind angeklagt: 1. der Backer Friedr. Kups, geboren 1871, 2. der Kutcher Karl Lübeck, geboren 1867, 3. der Cigarrenmacher Emil Streiter, geboren 1855, zu Zudenburg. Kups, der seit Jahren in der Schokoladenfabrik von Müller u. Weichsel Nachfolger beschäftigt war, mißbrauchte das Vertrauen seines Arbeitgebers dadurch, daß er seit dem Jahre 1897 in einer großen Anzahl von Fällen Cacao, Schokolade, Thee, Fleischextrakt und Zuckerwaren stahl und teils durch Arbeitsnachbarn, teils durch Lübeck in den Laden des Streiter schafften ließ, von wo Kups sie sich dann abholte. Ferner entwendete er eine Quantität Brennstoff. Die gestohlenen Waren verbrauchte er zum Teil in der eigenen Wirtschaft, zum Teil verreckte er sie an die beiden Mitangeklagten, oder verkaufte sie anderweitig. Der Gerichtshof verurteilte Kups zu 6 Monat 1 Woche, Lübeck zu 2 Monat Gefängnis. Streiter wurde freigesprochen. —

Der Tischlermeister Friedrich Heine zu Drakenstedt, geboren 1861, mißhandelt seine Ehefrau öfter, wenn er angeklungen ist. Am 24. August d. J. bedrohte er sie, als sie zum Nachbar stieß. Am folgenden Tage hatte sie sich auf dem Boden erhängt, wurde aber rechtzeitig abgeholt und vom Arzt ins Leben zurückgerufen. Als sie zu Welt gebracht war, schlug der Angeklagte in roher Weise auf sie los und bedrohte sie von neuem. Um sie vor weiteren Mißhandlungen zu schützen, verhaftete der Gendarm den Angeklagten und zog zur Unterstützung während des Transports zwei Arbeiter hinzu. Heine widersetzte sich heftig und schlug um sich, so daß er kaum zu bändigen war. Ihn trafen wegen der Bedrohungen und des Widerstandes 9 Monate Gefängnis. —

Die kolossalen Unterschlagungen des durch Selbstmord geendeten Bankiers Rudolf Niese bildeten den Ausgangspunkt einer am Montag vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts I verhandelten umfangreichen Anklage gegen die unverehelichte Margarethe Niese (Schwester des Verstorbenen), das Ehepaar Alfred und Elisabeth Meister (Schwager und Schwester des Verstorbenen) und Wittwe Luise Niese (Mutter). Die erste Angeklagte war der schweren Urkundenfälschung in mindestens 130 Fällen und der gewohnheitsmäßigen Hehlerei, die drei anderen Angeklagten der Hilfe beschuldigt. Die Werte, die Niese zu seinem Nutzen verwendete, belaufen sich auf 400 bis 500 000 Mark. Margarethe Niese, welche erst 20 Jahre alt ist, stand völli unter dem Einflusse ihres Bruders, der ihr Vormund war und sie bei sich aufgenommen hatte. Sie erhielt von diesem täglich im Kontor „die Zeitungen“ für die Mutter zugereicht. In den Zeitungen befanden sich aber die Effekten, die Niese fort und fort durch seine Schwester bei anderen Bankhäusern verkaufen ließ. Häufiger schickte Niese auch Zeitungsbullen oder Pakete und Briefe mit Wertpapieren durch Angestellte der Bank in ein benachbartes Cigarrengeschäft und hier wurden sie von der Schwester abgeholt. Den Angestellten der Bank fiel dies nicht auf, da Niese Agent für verschiedene Versicherungsgesellschaften war und man den regen Verkehr zwischen den Geschwistern auf derartige Geschäfte schob. Den Wertpapieren, welche Niese seiner Schwester Margarethe übergab, war stets ein Zettel mit genauen Verhaltungsmaßregeln beigegeben. Ihre Kaufs- und Verkaufsgeschäfte erledigte sie gewöhnlich bei der Filiale der Nationalbank für Deutschland in der Potsdamerstraße, wo sie ein besonderes Kontokorrent hatte. Sie bediente sich bei diesen Geschäften des Namens ihrer mitangeklagten Schwester Frau Meister, sie trug dabei stets auf der rechten Hand einen Trauring und ließ sich oft von einem kleinen dreijährigen Mädchen begleiten, welches sie „Mama“ nannte. Thatsächlich war dies aber ein Kind des Niese aus seiner geschiedenen Ehe. Machten die Geschäfte eine Korrespondenz nötig, so wurde ihr unter der Adresse „Frau Elisabeth Meister“ geschrieben und die Meisterschen Geheule händigten dann diese Briefe dem Niese selbst aus. Als einmal in einer dringlichen Angelegenheit von der Nationalbank unter der Adresse Meisters an sie geschrieben war und sie erst nach mehreren Tagen erschien, erzählte sie, daß sie von einem Knaben entbunden worden sei. Sie hat in der letzten Zeit fast täglich solche Verkäufe von Wertpapieren in ganz beträchtlichen Posten für ihren Bruder besorgt. Auch das Meistersche Ehepaar hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß Meister zweimal Effekten für seinen Schwager verkauft und außerdem die an die Adresse der Frau Meister eingehenden Briefe an Niese anshändigte. Die Mutter Niese hat in einem Falle Wertpapiere für ihren Sohn verkauft. Der Gerichtshof sprach die drei letzten Angeklagten frei und verurteilte Margarethe Niese zu zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft. —

## Vermischte Nachrichten.

Ein Kuriosum bekam am Sonnabend Abend in ihrer Sitzung die Anthropologische Gesellschaft in Berlin zu sehen. Dr. Simon aus Götting hatte zwei Photographien eingesandt, die ein geschwängertes Kind zeigen. In Spiritus sah man außerdem in natura das etwa fünf Centimeter lange Schwänzchen eines neugeborenen homo sapiens. Dr. Meiser des Arztes hatte das Kindchen baldigst von dieser Erinnerung an den vielumstrittenen Bithalanthropos befreit. —

Das Ehepaar Gönz, das sich zur Zeit auf der Zwangsbreite von Rio de Janeiro nach Berlin befindet und Anfang Dezember in Hamburg erwartet wird, hat, wie schon gemeldet wurde, auch nach seiner Verhaftung beharrlich gelugnet, den Doppelmord hier in der Königgräberstraße verübt zu haben. Wie jetzt noch berichtet wird, mußten sie jedoch auf viele Kreuzfragen manches zugestehen. Als im Versteck der Behörde ein mit Wäsche angefüllter Koffer durchsucht wurde, fand sich ganz unten auf dem Boden ein Stenogramm mit dunklen Flecken und Spuren von dunkelblonden Haaren. Gönz erbeichtete, faßte sich aber gleich wieder und entgegnete auf die Frage, was der Fund für eine Bewandnis habe: „Ja, wissen Sie denn nicht, daß ich Wurstmacher war?“ Ihre Leugnen, daß Ehepaar Gönz zu sein, wurde treffend durch ihren Spitz widerlegt, den sie Mac nannten. Der Kommissar rief ihn nämlich mit seinem richtigen Namen Wuki an, worauf das Tier die Thoren wigte und aufgerichtet auf den Hinterbeinen auf den Beamten zukam. —

Der prophetische Paps. Die Wiener Abendpost entnimmt einem italienischen Blatte die folgende merkwürdige Erzählung: „Am 7. April 1846 starb in Rom Prinz Heinrich von Preußen, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III. Seinem Adjutanten oblag die traurige Pflicht, den Leichnam nach der Heimat zu geleiten. Dieser Adjutant war der spätere Feldmarschall Helmuth Graf Moltke. Ehe er Rom verließ, wurde der junge Major vom Papste Pius IX. (ernannt am 16. Juni 1845) in Audienz empfangen. Der Paps machte ihm einen schönen Kupferstich zum Geschenk, auf welchem die apokalyptischen Reiter nach einem Frescogemälde dargestellt waren. Der Paps hatte mit eigener Hand die darauf bezüglichen Worte des Evangeliums darunter gesetzt: „Datum est ei magnus gladius.“ (Es wurde ihm ein großes Schwert gegeben.) Bei der Uebergabe des Geschenkes sprach der Paps: „Diese Worte werden, so mein ich, Herr Major, für Sie ihre besondere Bedeutung erhalten. Ich denke, daß auch Ihre Hand einmal ein großes Schwert ruhmvoll führen werde. Doch werden Sie, davon bin ich sehr überzeugt, dieses Schwert niemals gegen mein geliebtes Italien zücken!...“ Diese Weissagung des Paps wäre sicherlich als ein höchst bedeutames Ereignis zu erachten — wenn sie bereits im Jahre 1846 bekannt geworden wäre. —

## Ein wenig Wahrheit.

Die Phantasiennachrichten, in welchen Londoner Blätter die Sage Mafeking's in Südafrika rosig malten, erfahren eine eigentümliche Beleuchtung durch folgende Mitteilungen, die der Censur entziffert sind. Sie haben natürlich das englische Kabel vermeiden müssen, aber dafür sind sie unverfälscht. Der in Mafeking eingeschlossene Berichterstatter der Kabelkorrespondenz meldet unterm 1. d. Mts.: „Es ist wohl die letzte Nachricht vor dem Falle Mafeking's, die ich Ihnen heute sende, und ich weiß nicht einmal, ob diese Sie erreichen wird, denn drei schwarze Käufer, die mir

Es hat mein städtig gezeigter Pils  
Wahrschäftig ins Schwarze getroffen!

Ich habe in meinem fliegenden Blatt  
Nicht tauben Ohren gepredigt —  
Denn Ludwig Fulda, der Redakteur, hat  
Mit wendender Post es erledigt.

Er kam es mirig und unverzagt —  
Doch kann so sein wie gewöhnlich:  
Ich hatte ein sachliches Wort gewagt,  
Und Ludwig ist persönlich.

Gott, ja... ich zähle seit etlicher Zeit  
In den aufgeführten Autoren...  
Doch hab' ich deshalb im Meinungsstreit  
Das kritische Stimmrecht verloren?

Und daß gerade Du so aufgebracht!  
Daß die Hornesadern Dir schwelgt!  
Dich hat ja doch nur ein Zufall gemacht  
Zum Haupt der diamantenen Hebeln.

Nach nein! Du bist kein fähiger Rebell,  
Der bei den Pflichten geliebt ist:  
Du bist ein schmeigamer guter Geiell,  
Der „allgemein beliebt“ ist.

Du lebst in Frieden mit allen Parteien  
Und weicht's mit jedem zu halten.  
Zum Frühstück begöckelst Du die Reu'n  
Und streichelst zum Nachtmahl die Alten.

O glaube doch nicht, daß ich mich gönnt  
Deinen Schutz dem „astenden Erben“!  
Nur scheint mir, ein echtes Volkstalent  
Braucht kein Spalter wie die Reben.

Mit seiner im Erdreich wurzelnden Kunst  
Verschmüht's Dich als Patronenherren:  
Es braucht nicht die oft erschmeichelte Kunst  
Der zünftigen kritischen Reitherrn.

Es steigt auch ohne Vereinsweierei,  
Auch ohne glänzende Zeitung,  
Und macht zum Ruhme den Weg sich frei  
Auch ohne Deine Begleitung.

Denn nimm zum Abschied den guten Rat,  
Mit dem meine Wünsche sich einen:  
Verbreite nicht andern Nahrung's Saat,  
Vermehre lieber den Fein! —



